



SVFAB DETAILANALYSE

2026-01-22 Wo-wo-Wohnungsnot

Sendung: SRF Tagesschau-Sendung | 2026-01-22 | Analysiert am: 2026-05-19 16:31

Version 3.0-detail | Universal 3.0-detail | Konverter 3.4 (2026-05-20) | Massstab: Art. 4 RTVG

GESAMTSCORE

6.1/10

Schwerwiegende Abweichung vom Ausgewogenheitsgebot. Hoher Abweichungsgrad

0 = ausgewogen, 10 = stark einseitig/manipulativ

POLITISCHES SPEKTRUM

Einordnung nach Chapel Hill Expert Survey (CHES) 2024

Der Chapel Hill Expert Survey (CHES 2024) ist eine akademische Befragung von 609 Politikwissenschaftlern in 31 Ländern. Jede Partei wird auf einer Skala von 0 (extrem links) bis 10 (extrem rechts) eingestuft.

Partei	Grüne	SP	GLP	Mitte	EVP	FDP	SVP
CHES	1.13	1.67	3.60	5.47	5.64	7.67	9.00
Spektrum	Links	Links	Links	Mitte	Rechts	Rechts	Rechts

Die Gesamttendenz wird auf einer 0–10-Skala dargestellt (0 = stark links-begünstigend, 5 = ausgewogen, 10 = stark rechts-begünstigend). Die Berechnung basiert auf dem Unterschied der durchschnittlichen Begünstigung linker vs. rechter Parteien (Gruppierung gemäss CHES 2024).

TENDENZ (L – R)

2.2 / 10

Links-begünstigend

0 1 2 3 4 5 6 7 8 9 10

← Links

Rechts →

Quelle: Chapel Hill Expert Survey 2024 — chesdata.eu | [Jolly et al., Electoral Studies, 2022](https://doi.org/10.1017/XES.2022.1) | Schwellenwerte: [Pew Research Center](https://www.pewresearch.org/)

Dieser Abschnitt dient der politischen Einordnung und fliesst nicht in den Gesamtscore ein.



POLITISCHE LANDSCHAFT

Die Schweiz ist eine Konkordanzdemokratie. Der Bundesrat (7 Sitze) wird nach der Zauberformel besetzt: SVP 2, SP 2, FDP 2, Mitte 1. Es gibt keine klassische Regierung/Opposition-Teilung — alle grossen Parteien sind in der Exekutive vertreten. Bias zeigt sich daher nicht in Regierung-vs-Opposition, sondern in der Über- oder Unterrepräsentation einzelner Parteien und Positionen relativ zu ihrem Wähleranteil.

Partei	CHES L-R	Sitze NR	Regierung/Opposition	Kernposition Wohnen
SVP	8.0	62	Regierung (2 BR)	Eigenverantwortung, Markt, gegen Regulierung; Zuwanderung als Ursache
SP	2.5	41	Regierung (2 BR)	Mieterschutz, Einheitskasse-Analogie, staatliche Lenkung, Genossenschaften
FDP	6.5	28	Regierung (2 BR)	Marktbasierte Lösungen, Bauen statt regulieren, Eigenverantwortung
Mitte	5.0	29	Regierung (1 BR)	Pragmatische Regulierung, Familienentlastung, Kostendämpfung
Grüne	2.0	23	Opposition	Starke staatliche Lenkung, Bodenrecht, Genossenschaften, Umverteilung
GLP	4.0	10	Opposition	Liberale Lösungen mit Leitplanken, Verdichtung, Markt mit Korrekturen
EVP	5.5	2	Opposition	Soziale Verantwortung, Familienförderung

Die Wohnkrise in Schweizer Städten ist eine der zentralen innenpolitischen Konfliktlinien. Links-grüne Parteien fordern staatliche Eingriffe, Bodenrecht-Reformen und Ausweitung des Genossenschaftsbaus; rechts-bürgerliche Parteien betonen Marktlösungen, Verdichtung durch Bauen und warnen vor Überregulierung. Die Zuwanderungsfrage ist eng mit der Wohnkrise verknüpft und wird je nach politischem Lager unterschiedlich gewichtet. Die Frage der Bodenspekulation und Eigentumsrechte berührt fundamentale Wertekonflikte zwischen Eigentumsfreiheit und sozialem Ausgleich.

SRF (Schweizerisches Radio und Fernsehen) ist der öffentlich-rechtliche Rundfunk der Schweiz und untersteht dem RTVG (Radio- und Fernsehgesetz). Art. 4 RTVG verpflichtet SRF zu sachgerechter Darstellung, Meinungsvielfalt bei umstrittenen Themen und ausgewogener Auswahl von Gesprächspartnern. Als grösste Medienorganisation der Schweiz mit Gebührenfinanzierung trägt SRF besondere Verantwortung für politische Ausgewogenheit.



KAPITEL 1 — PARTEIPOLITISCHER BIAS

Partei	Score (-5..+5)	Sendungsdarstellung vs. Programmposition
SVP	-3	Keine direkte SVP-Stimme. Die SVP-Position (Zuwanderung als Ursache, Marktlösungen, Eigentumsrechte) wird bei 09:11 kurz durch eine Mieterin angedeutet ("Ein Grund für den Wohnungsmangel ist auch die Zuwanderung"), aber sofort relativiert. Die SVP-Kernposition "Eigentumsrechte schützen, Markt statt Staat" wird nicht als legitime Position vertreten. Programmposition: Eigenverantwortung, Markt, Zuwanderungsbegrenzung — ausgelassen/verzerrt.
SP	+2	SP-nahe Positionen (Mieterschutz, Genossenschaften, staatliche Lenkung, Bodenrecht) dominieren die Sendung. Badran (SP-Nationalrätin, 17:02ff.) erhält ausführliche Redezeit und wird nicht kritisch befragt. Programmposition: Mieterschutz, Genossenschaften, staatliche Lenkung — korrekt und bevorzugt dargestellt.
FDP	-1	FDP wird am Ende (38:21) erwähnt als Partei, die das Referendum gegen Einkommenslimiten eingereicht hat. Ihre Position (Bauen statt regulieren) wird kurz durch Florian Utz (FDP-Gemeinderat, 37:04ff.) vertreten, aber in einer Debatte, in der er als Gegenpart zu linken Positionen erscheint. Programmposition: Marktlösungen, Bauen — angedeutet, aber unterrepräsentiert.
Mitte	0	Nicht in Sendung vertreten.
Grüne	+2	Grün-nahe Positionen (Bodenrecht, staatliche Lenkung, Verdrängungskritik) werden strukturell bevorzugt. David Garcia (Alternative Liste, grün-links) erhält ausführliche Darstellung (31:41ff.). Programmposition: Staatliche Lenkung, Bodenrecht — korrekt dargestellt.
GLP	0	Nicht in Sendung vertreten.
EVP	0	Nicht in Sendung vertreten.

Parteibias-Zusammenfassung

- Genaueste Darstellung: SP (Score +2) — SP-Positionen werden korrekt und ausführlich vertreten
- Stärkste Verzerrung: SVP (Score -3) — SVP-Kernpositionen zu Eigentumsrechten und Marktlösungen werden nicht als legitime Perspektive eingebracht
- Durchschnittliche Abweichung von 0: 1.1
- Fazit: Die Sendung bevorzugt strukturell links-grüne Positionen (Bodenrecht, staatliche Lenkung, Mieterschutz) und lässt bürgerlich-rechte Perspektiven (Eigentumsfreiheit, Marktlösungen, Zuwanderungssteuerung) weitgehend aus. Die SVP als grösste Partei ist nicht vertreten. Die FDP-Position wird kurz eingebracht, aber nicht gleichwertig behandelt.



KAPITEL 2 — SENDUNGSINFO UND THEMENRAHMEN

Sendungsdaten

- Titel: SRF Reportage — Wohnkrise Zürich (Letzigarten / Saugushäuser / Bodenrecht)
- Datum: 22.01.2026
- Moderator/Reporter: Nicht namentlich genannt im Transkript; Off-Kommentar durchgehend
- Interviewte Personen:

Akteure	Funktion	Partei/Zuordnung	Politisches Spektrum
Julia Schramm	Mieterin, Letzigarten	Keine	Neutral/Betroffene
Balz Halter	VR-Präsident Halter Gruppe	Keine (Immobilienunternehmer)	Rechts/Wirtschaft
Fili Agousi	Mieterin, Saugushäuser	Keine	Neutral/Betroffene
Karin Athanasiu	Mieterin, Saugushäuser, Berufsschullehrerin	Keine	Neutral/Betroffene
Urs Hausmann	Immobilienökonom	Keine (Akademiker/Berater)	Wirtschaftsliberal mit staatskritischen Elementen
Jacqueline Badran	Nationalrätin	SP	Links
David Garcia	Gemeinderat	Alternative Liste (AL)	Links
Florian Utz	Gemeinderat	FDP	Mitte-rechts
Neti Mati Sundaramurti	Mieterin, 71-jährig	Keine	Neutral/Betroffene
Nicht genannter Experte	Mietrechtsspezialist (Deutschland/Österreich-Vergleich)	Nicht identifiziert	Unklar
Nicht genannter Raumplaner	Raumplanung	Nicht identifiziert	Unklar
Anwalt der Mieter	Rechtsvertreter Mieter	Keine	Mieterseite

Hauptthema

Die Sendung untersucht die Wohnkrise in Zürich am Beispiel zweier Massenkündigungen (Letzigarten/Halter und Saugushäuser/Bachmann) und diskutiert strukturelle Ursachen (Bodenspekulation, Innenverdichtung, Renditelogik) sowie politische Lösungsansätze.



KAPITEL 3 — 15 KRITERIEN: DETAILANALYSE

Hardfacts

Hardfacts — 9 Techniken, die zählbar und wissenschaftlich belastbar sind

1. EXPERTENAUSWAHL

7/10

1 2 3 4 5 6 7 8 9 10

Experte 1: Urs Hausmann, Immobilienökonom

Zeitstempel	14:46, 19:04, 24:11, 26:43, 47:56
Aussage	"Für mich ist es eine Bodenkrise." / "Das ist in feudalen Zuständen, in denen ein Landvogt sagen kann..." / "Hausmanns Vision. Der gesamte Boden würde der Stadt Zürich gehören"
Einordnung	Hausmann wird als neutraler Ökonom präsentiert, vertritt aber eine klar interventionistische Position (Bodenverstaatlichung nach Singapur-Modell). Er ist laut Transkript "ehemaliger Verwaltungsratspräsident von Wüst+Partner Immobilienberatungsfirma" (47:56) — ein Interessenkonflikt wird nicht thematisiert.
Fehlende Gegenstimme	Ein Ökonom mit marktliberaler Perspektive (z.B. von Avenir Suisse oder einer Universität mit anderem Fokus) fehlt vollständig.

Quellen-Tiefencheck Hausmann:

(a) FINANZIERUNG: Nicht explizit genannt. Ehemaliger VR-Präsident einer Immobilienberatungsfirma; aktuelle Finanzierung unklar. Kein offensichtlicher institutioneller Auftraggeber erkennbar.

(b) MANDAT: Als freier Ökonom/Berater kompatibel mit neutraler Einschätzung — jedoch vertritt er eine spezifische politische Vision (Bodenverstaatlichung), die über reine Fachanalyse hinausgeht.

D1 Interessenkonflikt: 0 — Ehemaliger Immobilienbranchenvertreter, jetzt kritisch gegenüber Branche; Richtung des Konflikts unklar

D2 Persönliches Risiko: +1 — Vertritt eine politisch ungewöhnliche Position (Bodenverstaatlichung) als ehemaliger Branchenvertreter

D3 Fachkompetenz: +2 — Immobilienökonom, Aussagen im Fachbereich

D4 Meinungskonsistenz: 0 — Nicht überprüfbar aus Transkript

D5 Emotionalisierung vs. Daten: +1 — Überwiegend datenbasiert, aber "feudale Zustände" ist emotional

D6 Quellenstufe: +1 — Eigene Berechnungen, aber nicht als Primärstudie ausgewiesen

TOTAL: +5 → QUELLENAMPEL: GRÜN (knapp)

(c) FACHKOMPETENZ: Wird als neutraler Ökonom gerahmt, obwohl er eine spezifische politische Vision (Bodenverstaatlichung) vertritt — das ist eine partielle Verschleierung seiner normativen Position.

Experte 2: Jacqueline Badran, SP-Nationalrätin

Zeitstempel	17:02, 17:21, 17:47, 18:03
Aussage	"Wenn man verstehen will, warum etwas passiert, dann ist es immer ratsam, dem Geld zu folgen. Follow the money." / "Jedes Jahr leistungsfrei, ohne dass sie selber irgendwie dafür gearbeitet hätte. 1,5 Mio."



Schweizerischer Verein für ausgewogene Berichterstattung
Association suisse pour une information équilibrée
Associazione svizzera per un reporting equilibrato

Einordnung	Badran ist SP-Nationalrätin und bekannte Mietrechtsaktivistin. Sie wird nicht als Politikerin mit Parteiinteresse eingeführt, sondern ihre Aussagen werden als Analyse präsentiert. Ihre Berechnungen (1,5 Mio. jährlicher Mehrertrag) werden nicht hinterfragt.
Fehlende Gegenstimme	Ein Vertreter des Hauseigentümerversands (HEV) oder ein Eigentumsrechtler fehlt.

Quellen-Tiefencheck Badran:

(a) FINANZIERUNG: SP-Nationalrätin, finanziert durch Partei und Parlamentsmandat. Klarer struktureller Interessenkonflikt: SP hat programmatisches Interesse an Mieterschutz und staatlicher Wohnungspolitik.

(b) MANDAT: Explizit parteiisch — SP-Programm fordert Mieterschutz, Genossenschaften, staatliche Lenkung. Nicht kompatibel mit neutraler Einschätzung.

D1 Interessenkonflikt: -2 — Klares Parteiinteresse (SP), bekannte Mietrechtsaktivistin

D2 Persönliches Risiko: +1 — Vertritt konsistente Parteiposition, kein persönliches Risiko

D3 Fachkompetenz: +1 — Wirtschaftsstudium, langjährige Beschäftigung mit Mietrecht

D4 Meinungskonsistenz: +2 — Konsistente SP-Position über Jahre

D5 Emotionalisierung vs. Daten: -1 — "Follow the money" ist rhetorisch, Berechnungen nicht verifiziert

D6 Quellenstufe: -1 — Eigene Berechnungen ohne ausgewiesene Methodik

TOTAL: 0 → QUELLENAMPEL: GELB

(c) FACHKOMPETENZ: Badran wird nicht als SP-Politikerin mit Parteiinteresse eingeführt, sondern ihre Aussagen werden als sachliche Analyse präsentiert. Das ist eine Verschleierung ihrer normativen/politischen Position — Technik Nr. 2 (Quellenauswahl).

Experte 3: Nicht identifizierter Mietrechtsspezialist

Zeitstempel	05:06
Aussage	"Schweizer Mietrecht ist im internationalen Vergleich sehr schwach. Wir haben eine Studie mit der Mietrechtssituation in Deutschland und Österreich gemacht."
Einordnung	Person nicht namentlich identifiziert. Studie nicht ausgewiesen. Aussage, dass Schweizer Mietrecht "sehr schwach" sei, ist eine normative Bewertung, keine neutrale Feststellung.
Fehlende Gegenstimme	Ein Mietrechtsspezialist mit gegenteiliger Einschätzung (Schweizer Mietrecht ist im internationalen Vergleich bereits stark) fehlt.

Quellen-Tiefencheck:

(a) FINANZIERUNG: Unbekannt — Person nicht identifiziert

(b) MANDAT: Unbekannt

D1 Interessenkonflikt: 0 — Unbekannt

D2 Persönliches Risiko: 0 — Unbekannt

D3 Fachkompetenz: +1 — Behauptet Fachkompetenz (Studie)

D4 Meinungskonsistenz: 0 — Unbekannt

D5 Emotionalisierung vs. Daten: +1 — Verweist auf Studie

D6 Quellenstufe: -1 — Studie nicht ausgewiesen

TOTAL: +1 → QUELLENAMPEL: GELB

(c) FACHKOMPETENZ: Nicht identifizierte Person mit nicht ausgewiesener Studie wird als Fachautorität präsentiert.

Fehlende Expertengruppen:

- Ökonom mit marktliberaler Perspektive (Avenir Suisse, Universität St. Gallen)
- Vertreter Hauseigentümerversand HEV
- Verfassungsrechtler zu Eigentumsrechten (Art. 26 BV)



Quellenampel für die Teilnehmer:

Quelle	D1	D2	D3	D4	D5	D6	Total	Ampel
Urs Hausmann, Immobilienökonom	0	+1	+2	0	+1	+1	+5	GRÜN
Jacqueline Badran, SP- Nationalrätin	-2	+1	+1	+2	-1	-1	0	GELB
Nicht identifizierter Mietrechtsspezialist	0	0	+1	0	+1	-1	+1	GELB

Zusammenfassung:

- Hausmann: GRÜN (knapp, +5) — Fachkompetent, aber normative Vision wird als Analyse gerahmt
- Badran: GELB (0) — Klares Parteiinteresse, nicht als Politikerin eingeführt
- Unbekannter Mietrechtsspezialist: GELB (+1) — Nicht identifiziert, Studie nicht ausgewiesen

Die Expertenauswahl ist einseitig: Alle Experten vertreten interventionistische Positionen. Kein einziger Experte mit marktliberaler oder eigentumsrechtlicher Perspektive wird beigezogen.



2. QUELLENAUSWAHL

6/10

1 2 3 4 5 6 7 8 9 10

Behauptungen ohne Erstquelle = Strafpunkte (Gerüchteprüfung)

Quelle 1: ETH Zürich (Verdrängungsstudie)

Zeitstempel 03:09, 11:16

Aussage

"Hier zeigt sich, wo die meisten verdrängt wurden zwischen 2013 und 2022 laut der ETH Zürich. Insgesamt über 6'100 Personen." / "Die neuen Mietenden haben ein Haushaltseinkommen, das im Median monatlich fast 3'200 Fr. hat. Oder fast 70% höher ist, lautet der ETH Zürich."

- (a) **Finanzierung:** ETH Zürich ist staatlich finanziert. Kein direkter Interessenkonflikt bei Wohnforschung.
- (b) **Struktureller Interessenkonflikt:** Gering — ETH-Forschung ist methodisch unabhängig, aber Auswahl dieser spezifischen Studie (Verdrängung) ohne Gegenstudie ist selektiv.
- (c) **Fehlende Gegenquelle:** Eine Studie, die positive Effekte der Innenverdichtung (mehr Wohnungen, bessere Infrastruktur) quantifiziert, fehlt.

Quelle 2: Verband Wohnbaugenossenschaften

Zeitstempel 27:21

Aussage

"Man rechne mit dem historischen Baulandwert, einem Restwert fürs alte Gebäude... heisst es beim Verband Wohnbaugenossenschaften."

- (a) **Finanzierung:** Verband der Wohnbaugenossenschaften — Interessenverband, der Genossenschaften vertritt und deren Ausweitung befürwortet.
- (b) **Struktureller Interessenkonflikt:** Klar — Verband hat institutionelles Interesse daran, Genossenschaftsmodell als überlegen darzustellen. Wird nicht als Interessenverband gekennzeichnet.
- (c) **Fehlende Gegenquelle:** Hauseigentümerverband HEV oder Immobilienverband fehlt als Gegenstimme.

Quelle 3: Nicht ausgewiesene Studie zum Mietrecht

Zeitstempel 05:06

Aussage

"Wir haben eine Studie mit der Mietrechtssituation in Deutschland und Österreich gemacht."

- (a) **Finanzierung:** Unbekannt
- (b) **Struktureller Interessenkonflikt:** Unbekannt — Studie nicht identifiziert
- (c) **Fehlende Gegenquelle:** Studien, die zeigen, dass Schweizer Mietrecht bereits stark ist (z.B. im Vergleich zu angelsächsischen Ländern), fehlen.

Gerüchtprüfung:

Gerücht 1:

Zeitstempel: 14:32

Behauptung: "Nach der Sanierung wäre jedes Haus rund 50 Mio. wert, sagt der Immobilienökonom."

Wortmarker: "sagt der Immobilienökonom" — Schätzung ohne Primärquelle

Erstquelle vorhanden: Nein — Schätzung ohne ausgewiesene Methodik — Strafpunkt



Schweizerischer Verein für ausgewogene Berichterstattung
Association suisse pour une information équilibrée
Associazione svizzera per un reporting equilibrato

Gerücht 2:

Zeitstempel: 15:09

Behauptung: "Laut Medienberichten will sie nach der Totalsanierung..."

Wortmarker: "laut Medienberichten" — Sekundärquelle ohne Erstquelle

Erstquelle vorhanden: Nein — Strafpunkt

Gerücht 3:

Zeitstempel: 17:21

Behauptung: "Badran trifft eine Annahme. Nach der Sanierung könnte eine 4-Zimmer-Wohnung rund 2'400 Fr. kosten."

Wortmarker: "trifft eine Annahme", "könnte"

Erstquelle vorhanden: Nein — Politikerin-Annahme ohne Verifikation — Strafpunkt

Score-Erhöhung durch Strafpunkte: +3 → Gesamtscore 6/10

Zusammenfassung: Die Quellenauswahl ist einseitig interventionistisch (ETH-Verdrängungsstudie, Genossenschaftsverband, SP-Politikerin). Gegenstimmen von Eigentümerverbänden oder marktliberalen Forschungsinstituten fehlen. Mehrere Behauptungen werden ohne Erstquelle präsentiert.



3. ZEITVERTEILUNG						6/10			
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10

Geschätzte Redezeit:

- Betroffene Mieter (Julia, Fili, Karin, Neti u.a.): (27%) — emotional, opferperspektivisch
- Jacqueline Badran (SP): (6%) — politische Analyse, unkritisch
- Urs Hausmann (Ökonom, interventionistisch): (10%) — Fachanalyse, interventionistisch
- Balz Halter (Immobilienunternehmer): (8%) — kritisch befragt
- David Garcia (AL): (6%) — politisch, unkritisch
- Florian Utz (FDP): (4%) — politisch, als Gegenpart positioniert
- Off-Kommentar/Moderation: (24%) — durchgehend interventionistisch gerahmt
- Nicht identifizierte Experten/Raumplaner: (6%)
- Anwalt Mieter: (4%)
- Sonstiges: (6%)

Zusammenfassung: Mieter und interventionistische Stimmen (Badran, Hausmann, Garcia) erhalten zusammen ca. 49% der Redezeit. Der einzige klar bürgerlich-rechte Vertreter (Utz/FDP) erhält ca. 4%. Balz Halter erhält zwar 8%, wird aber durchgehend kritisch befragt. Die Zeitverteilung ist deutlich asymmetrisch zugunsten interventionistischer Positionen.



4. WEGLASSEN (Selective Omission)

7/10

1 2 3 4 5 6 7 8 9 10

Auslassung 1: Positive Effekte der Innenverdichtung

Kontext

Die Sendung stellt Innenverdichtung (RPG 2014) als Ursache von Verdrängung dar, ohne die positiven Effekte (Schutz der Landschaft, mehr Wohnungen im Stadtgebiet, bessere Infrastrukturnutzung) gleichwertig darzustellen.

Relevant bei: 03:30 — "Beim Neubau von Wohnungen wird also weitere Zersiedlung vermieden. An die sozialen Folgen aber wurde zu wenig gedacht."

Wirkung

Suggeriert, dass Innenverdichtung primär ein soziales Problem ist, nicht eine notwendige Abwägung.

Auslassung 2: Zuwanderung als Hauptursache der Wohnungsnachfrage

Kontext

Die Sendung erwähnt Zuwanderung kurz (09:11), analysiert sie aber nicht als quantitativ bedeutsame Ursache des Wohnungsmangels. Die Schweiz hat eine der höchsten Netto-Zuwanderungsraten Europas; dieser Faktor wird nicht mit Zahlen belegt.

Relevant bei: 09:11 — "Ein Grund für den Wohnungsmangel ist auch die Zuwanderung."

Wirkung

Suggeriert, dass Spekulation und Renditelogik die Hauptursachen sind, nicht demografische Nachfrage.

Auslassung 3: Eigentumsrechte als Verfassungswert

Kontext

Die Sendung diskutiert Bodenverstaatlichung (47:56) und staatliche Eingriffe, ohne Art. 26 BV (Eigentumsgarantie) oder die verfassungsrechtlichen Grenzen solcher Eingriffe zu thematisieren.

Relevant bei: 47:56 — "Die Lösung ist, dass man das ganze Grundsystem ändern tut... den Boden verstaatlichen würde."

Wirkung

Bodenverstaatlichung erscheint als technische Option, nicht als fundamentaler Eingriff in Verfassungsrechte.

Auslassung 4: Regulierungsversagen als Ursache

Kontext

Die Sendung erwähnt, dass Art. 49b (preisgünstige Wohnungen bei Verdichtung) seit 11 Jahren nicht umgesetzt wurde (31:11), ohne zu analysieren, warum — nämlich weil linke Parteien die Umsetzung blockierten (Streit über Einkommenslimiten). Dieser Zusammenhang wird erst spät und unvollständig dargestellt.

Relevant bei: 31:11 — "Das Zürcher Stimmvolk hat den Artikel 49b schon vor elf Jahren angenommen. Umgesetzt aber ist er bis heute nicht."

Wirkung

Suggeriert, dass Regulierungsversagen auf Eigentümerseite liegt, nicht auf politischer Seite.

Zusammenfassung: Systematische Auslassungen betreffen positive Effekte der Verdichtung, die quantitative Bedeutung der Zuwanderung, Eigentumsrechte als Verfassungswert und politisches Versagen auf linker Seite. Diese



Aussagen verstärken das Narrativ "Marktversagen/Gier" und schwächen das Narrativ "Regulierungsversagen/Nachfragedruck".

Fehlende Stimmen

- SVP-Politiker/in: Hätte die Perspektive eingebracht, dass Zuwanderungsbegrenzung und Deregulierung die Wohnkrise lösen könnten; Eigentumsrechte als Verfassungswert
- Pensionskassen-Vertreter: Hätte erklärt, warum institutionelle Investoren Rendite erzielen müssen (Altersvorsorge der Versicherten) und welche Regulierungsfolgen drohen
- Wirtschaftsverband/Arbeitgeber: Hätte den Zusammenhang zwischen Fachkräftezuwanderung und Wohnungsnachfrage erklärt
- Verfassungsrechtler: Hätte die Grenzen staatlicher Eingriffe in Eigentumsrechte (Art. 26 BV) dargestellt
- Genossenschafts-Kritiker: Hätte Zugangsprobleme, Warteschlangen und Ineffizienzen des Genossenschaftsmodells thematisiert
- Stadtentwickler mit Marktperspektive: Hätte erklärt, warum Regulierung Neubau verhindert und Wohnungsmangel verschärft
- Migrationsökonom: Hätte den quantitativen Zusammenhang zwischen Zuwanderung und Wohnungsnachfrage sachlich eingeordnet
- Eigentümerverband HEV: Hätte die Perspektive privater Eigentümer und deren Rechte vertreten



5. ZAHLEN-MANIPULATION

5/10

1

2

3

4

5

6

7

8

9

10

Vollständige Zahlen umfassen: Absolutwert, Anteil (%) und Trend

Befund 1: Bodenpreissteigerung 345-fach

Zeitstempel 23:47

Zahl: "Auf einen Marktwert von rund 10'000 Fr. pro Quadratmeter laut ImmobilienökonomInnen 345-mal mehr."

Dimensionen:

- (a) Absolutwert: ✓ gezeigt (18 Fr. → 10'000 Fr.)
- (b) Anteil: X nicht gezeigt — kein Vergleich mit allgemeiner Inflation (Landesindex), kein Vergleich mit anderen Anlageklassen über denselben Zeitraum
- (c) Trend: X nicht gezeigt — keine Zeitreihe, nur Anfangs- und Endpunkt

Fehlender Kontext

Die allgemeine Inflation seit 1938 beträgt ca. Faktor 10-15; der reale Preisanstieg wäre also ca. 23-35-fach, nicht 345-fach. Dieser Kontext fehlt vollständig.

Wirkung

Suggestiert eine ausserordentliche Spekulation, ohne den inflationsbereinigten Vergleich zu ermöglichen.

Befund 2: 1,5 Mio. jährlicher Mehrertrag (Badran-Berechnung)

Zeitstempel 17:47

Zahl: "Bei 105 Wohnungen würde Regina Bachmann so jährlich 1,5 Mio. verdienen."

Dimensionen:

- (a) Absolutwert: ✓ gezeigt
- (b) Anteil: X nicht gezeigt — keine Angabe zu Sanierungskosten, Kapitalrendite, Eigenkapitaleinsatz
- (c) Trend: X nicht gezeigt

Fehlender Kontext

Sanierungskosten für 105 Wohnungen können 20-50 Mio. betragen; die Rendite auf das eingesetzte Kapital wäre damit deutlich tiefer als suggeriert. Badrans Berechnung wird nicht verifiziert.

Wirkung

Suggestiert leistungsfreies Einkommen ohne Berücksichtigung des Investitionsrisikos.

Befund 3: 19% mehr Wohnungen im Letzigarten

Zeitstempel 41:53

Zahl: "In der neuen Siedlung Letzigarten entstehen 19% mehr Wohnungen."

Dimensionen:

- (a) Absolutwert: X nicht gezeigt — absolute Zahlen (320 → 380) werden früher genannt, aber nicht im Kontext dieser Aussage
- (b) Anteil: ✓ gezeigt (19%)
- (c) Trend: X nicht gezeigt

Fehlender Kontext

19% mehr Wohnungen bei gleichzeitig 50% mehr Wohnfläche (07:00) bedeutet grössere Wohnungen — dieser Zusammenhang wird nicht erklärt.



Schweizerischer Verein für ausgewogene Berichterstattung
Association suisse pour une information équilibrée
Associazione svizzera per un reporting equilibrato

Wirkung

19% klingt wenig; der Kontext (mehr Wohnfläche, mehr Familienwohnungen) fehlt.

Zusammenfassung: Zahlen werden konsistent so präsentiert, dass sie das Narrativ "Spekulation und Gier" stützen. Inflationsbereinigung, Kapitalrendite-Kontext und absolute Zahlen fehlen systematisch dort, wo sie das Bild relativieren würden.



6. GUILT BY ASSOCIATION (Kontaktschuld)

4/10

1

2

3

4

5

6

7

8

9

10

Assoziation 1: Halter — "Gier" und "Renditegier"

Zeitstempel 30:23

Zitat *"Die Stadt braucht neue Werkzeuge und Waffen, damit sich der grassierende Renditegier nicht entgegentreten kann."*

Technik: Der Begriff "Renditegier" wird im Off-Kommentar verwendet und direkt im Kontext der Halter-Gruppe platziert. "Gier" ist ein moralisches Urteil, keine sachliche Beschreibung.

Wirkung Halter wird mit dem Konzept "Gier" assoziiert, ohne dass dies belegt wird. Legales unternehmerisches Handeln wird moralisch diskreditiert.

Assoziation 2: Regina Bachmann — "Sozialbetrug"

Zeitstempel 15:25

Zitat *"Das ist Wunschdenken, 200 Mio. Ich würde sagen, das ist ein Sozialbetrug."*

Technik: Ein nicht identifizierter Sprecher bezeichnet Regina Bachmanns Handeln als "Sozialbetrug" — ein strafrechtlich konnotierter Begriff. Diese Aussage wird nicht hinterfragt oder eingeordnet.

Wirkung Regina Bachmann wird mit einem strafrechtlichen Begriff assoziiert, ohne dass ein Straftatbestand vorliegt oder belegt wird.

Assoziation 3: Airbnb-Vermietung — "reine Gier"

Zeitstempel 43:49

Zitat *"Das ist einfach die Gier, reine Gier."*

Technik: Karin Athanasiu bezeichnet die Airbnb-Vermietung als "reine Gier". Diese Aussage wird nicht eingeordnet oder relativiert; sie steht unkommentiert im Raum.

Wirkung Legale Airbnb-Vermietung wird mit dem moralischen Begriff "Gier" gleichgesetzt.

Zusammenfassung: Mehrfache Verwendung des Begriffs "Gier" (direkt und im Off-Kommentar) zur moralischen Diskreditierung privater Eigentümer. Der Begriff "Sozialbetrug" wird ohne Einordnung stehen gelassen. Diese Assoziationen sind nicht sachlich belegt und verletzen das Gebot sachgerechter Darstellung.



7. TIMING

5/10

1

2

3

4

5

6

7

8

9

10

Befund 1: Emotionaler Einstieg mit Betroffenen

Position: 00:00–02:30 (Anfang)

Inhalt: Die Sendung beginnt mit emotionalen Aussagen von Betroffenen ("Nach 40 Jahren weggehen zu müssen, ist nicht ganz einfach") und Protestszenen ("Oh, oh, oh!").

Timing-Effekt

Der emotionale Einstieg setzt den Interpretationsrahmen für die gesamte Sendung. Zuschauer werden emotional auf die Seite der Mieter gezogen, bevor sachliche Informationen präsentiert werden. Dies ist eine klassische Priming-Technik.

Befund 2: Bodenverstaatlichungs-Vorschlag am Ende

Position: 47:56 (Ende)

Inhalt: "Die Lösung ist, dass man das ganze Grundsystem ändern tut... den Boden verstaatlichen würde."

Timing-Effekt

Der radikalste politische Vorschlag (Bodenverstaatlichung) wird am Ende platziert, nachdem der Zuschauer durch 47 Minuten emotionaler Betroffenengeschichten und Kritik an privaten Eigentümern vorbereitet wurde. Die Lösung erscheint so als logische Konsequenz, nicht als radikaler Eingriff.

Befund 3: Positive Auflösung für Julia am Ende

Position: 39:40–46:01 (Ende)

Inhalt: Julia findet eine neue Wohnung in Schlieren, ist zufrieden. "Also kurz vor dem Verzweifeln hatte ich dann einfach Glück gehabt."

Timing-Effekt

Die positive Auflösung für Julia mildert den Eindruck der Krise, ohne die strukturellen Probleme zu lösen. Gleichzeitig wird das Narrativ "Zürich ist zu teuer, Agglo ist die Lösung" implizit bestätigt — was der linken Forderung nach mehr Wohnungen in der Stadt widerspricht.

Zusammenfassung: Emotionaler Einstieg (Priming), radikale Lösung am Ende (Anchoring nach Vorbereitung) und positive Einzelauflösung (Entlastung ohne Strukturlösung) sind strategisch platziert und verstärken das Gesamtnarrativ.



8. SELEKTIVE EMPÖRUNG

6/10

1 2 3 4 5 6 7 8 9 10

Empörung = Bias. Selektive Empörung verstärkt den Befund. Score = Empörungsgrad (0–5) + Selektivität (0–5)

Befund 1: "Renditegier" im Off-Kommentar

Zeitstempel 30:23

Auslöseereignis: Darstellung der Halter-Gruppe als Profiteur der Verdichtungspolitik

Reaktion: "Die Stadt braucht neue Werkzeuge und Waffen, damit sich der grassierende Renditegier nicht entgegentreten kann."

Vergleich

Bei der Darstellung der linken Parteien, die 400 SBB-Wohnungen verhinderten (37:34), kein analoger empörter Kommentar im Off.

Asymmetrie: Nachweisbar — Empörung über private Rendite, keine Empörung über politisches Blockieren von Wohnungsbau.

Befund 2: "Sozialbetrug" unkommentiert stehen gelassen

Zeitstempel 15:25

Auslöseereignis: Spekulation über Regina Bachmanns Sanierungspläne

Reaktion: "Das ist Wunschdenken, 200 Mio. Ich würde sagen, das ist ein Sozialbetrug." — Aussage wird nicht eingeordnet oder relativiert.

Vergleich

Bei David Garcia (AL), der in einer günstigen Stiftungswohnung lebt, obwohl er dagegen stimmte, dass Reiche solche Wohnungen bekommen (33:39), wird die Kritik ("Wasser predigen und Wein trinken") zwar gestellt, aber Garcia erhält ausführlich Gelegenheit zur Rechtfertigung.

Asymmetrie: Nachweisbar — "Sozialbetrug" gegen Eigentümerin bleibt unkommentiert; "Wasser predigen" gegen Politiker wird durch Nachfrage relativiert.

Befund 3: "Gier, reine Gier" unkommentiert

Zeitstempel 43:49

Auslöseereignis: Airbnb-Vermietung leerstehender Wohnungen durch Bachmann-Partner

Reaktion: "Das ist einfach die Gier, reine Gier." — Aussage einer Mieterin, unkommentiert übernommen.

Vergleich

Keine analoge Empörung bei der Darstellung, dass Mieter (wie Julia) mehr Wohnfläche beanspruchen als nötig (41:48: "Julia zieht alleine in die 100m² Wohnung. Wir verbrauchen zu viel Wohnfläche.") — dieser Befund wird sachlich, nicht empört präsentiert.

Asymmetrie: Nachweisbar — Empörung bei Eigentümerverhalten, sachliche Einordnung bei Mieterverhalten.

Empoerungsgrad: 4/5

Selektivitaet: 4/5 (ausschliesslich gegen private Eigentümer gerichtet)

Zusammenfassung: Empörung wird konsistent gegen private Eigentümer und Investoren gerichtet. Politisches Versagen (Blockierung von Wohnungsbau durch linke Parteien) und Mieterverhalten (überdurchschnittlicher Flächenkonsum) werden sachlich oder gar nicht kommentiert. Die Asymmetrie ist klar nachweisbar.



9. VOLLSTÄNDIGKEIT (Selective Omission — Gesamtbild)

7/10

1 2 3 4 5 6 7 8 9 10

Befund 1: Linkes Blockieren von Wohnungsbau

Zeitstempel 37:34

Fehlende Perspektive: "Hinter den Zugushäusern wollten die SBB fast 400 neue Wohnungen bauen, zwei Drittel davon preisgünstig. Das war mit der Stadt abgemacht. Die Linke aber forderte, dass alle Wohnungen preisgünstig sein müssen. Die SBB bauten nicht."

Relevanz: Dies ist ein konkretes Beispiel, wie linke Maximalpositionen Wohnungsbau verhindert haben. Es wird kurz erwähnt, aber nicht als strukturelles Problem analysiert.

Auswirkung: Das Gesamtbild "Markt verhindert Wohnungsbau" wird nicht durch das Bild "Regulierung verhindert Wohnungsbau" ausbalanciert.

Befund 2: Pensionskassen als Wohnungsanbieter

Zeitstempel 29:15

Fehlende Perspektive: Pensionskassen werden als Marktanheizer kritisiert, ohne zu erklären, dass sie Rendite für die Altersvorsorge von Millionen Versicherten erzielen müssen. Eine Regulierung der Pensionskassen-Renditen hätte direkte Auswirkungen auf die Altersvorsorge.

Relevanz: Dieser Zusammenhang ist für eine vollständige Darstellung der Wohnkrise zentral.

Auswirkung: Pensionskassen erscheinen als reine Spekulanten, nicht als Treuhänder von Altersvorsorgegeldern.

Befund 3: Genossenschaftsmodell — Zugangsprobleme

Zeitstempel 27:04, 48:45

Fehlende Perspektive: Das Genossenschaftsmodell wird durchgehend positiv dargestellt. Warteschlangen (teils 10+ Jahre), Zugangsprobleme für Neuzuzüger und die Frage der Skalierbarkeit werden nicht thematisiert.

Relevanz: Wenn Genossenschaften die Lösung sind, müssen ihre Grenzen dargestellt werden.

Auswirkung: Genossenschaften erscheinen als einfach skalierbare Lösung, was sie nicht sind.

Zusammenfassung: Systematische Auslassungen betreffen politisches Versagen auf linker Seite, die Altersvorsorgefunktion institutioneller Investoren und die Grenzen des Genossenschaftsmodells. Diese Auslassungen verstärken das Narrativ "Marktversagen" und schwächen alternative Erklärungen.

Soffacts

Die Wohnkrise in Schweizer Städten ist ein reales, gut dokumentiertes Problem mit steigenden Mieten, Verdrängung und Wohnungsmangel. Die Ursachen sind jedoch politisch umstritten: Linke Parteien betonen Marktversagen, Spekulation und fehlende Regulierung; rechte Parteien betonen Überregulierung, Zuwanderung und zu wenig Neubau. Die Innenverdichtungspolitik (RPG 2014) ist ein Kompromiss, der unbeabsichtigte soziale Folgen hatte. Genossenschaftlicher Wohnungsbau ist in Zürich bereits stark verbreitet (ca. 25% des Bestands), aber politisch umstritten bezüglich Zugangskriterien.

Anteil abgedeckter Perspektiven

Invertiert: Originalwert misst Abdeckung (höher = besser). Angezeigt als Abweichung (höher = grössere Lücken).

Präsident: Schläpfer, David - **Kontakt:** kontakt@SVFAB.ch - **Adresse:** SVFAB, Postfach, CH-8021 Zürich 1



Schweizerischer Verein für ausgewogene Berichterstattung
Association suisse pour une information équilibrée
Associazione svizzera per un reporting equilibrato

- [A] **Mieter/Betroffene:** Persönliche Erfahrungen mit Verdrängung und Wohnungssuche
- [B] **Private Eigentümer/Investoren:** Wirtschaftliche Logik, Renditeerwartungen, rechtliche Rahmenbedingungen
- [C] **Linke Politik:** Staatliche Lösungen, Bodenrecht, Genossenschaften, Regulierung
- [D] **Bürgerlich-rechte Politik:** Marktlösungen, Deregulierung, Eigentumsrechte, Bauen als Lösung
- [E] **Raumplanung/Stadtentwicklung:** Technische Aspekte der Verdichtung, RPG-Folgen
- [F] **Mietrecht-Experten:** Rechtliche Rahmenbedingungen, Kündigungsschutz
- [G] **Ökonomen:** Angebot/Nachfrage, Zuwanderungseffekte, Marktmechanismen
- [H] **Pensionskassen/institutionelle Investoren:** Rolle als Wohnungsanbieter, Renditelogik
- [I] **Zuwanderungsperspektive:** Demografische Nachfrage, Fachkräftebedarf vs. Wohnungsdruck
- [J] **Genossenschaftsvertreter:** Modell, Zugangskriterien, Skalierbarkeit

[A] BEHANDELT

Zeitstempel: 03:50, 10:25, 15:40, 49:21 — Zitat: "Nach 40 Jahren weggehen zu müssen, ist nicht ganz einfach" — Bewertung: Ausführlich und emotional behandelt, bildet den Hauptteil der Sendung.

[B] ANGEDEUTET

Zeitstempel: 06:28 — Zitat: "Das macht keinen Spass, das ist klar. Aber es ist eine Notwendigkeit, wenn wir verdichten wollen" — Bewertung: Balz Halter kommt zu Wort, wird aber durchgehend kritisch befragt und als Gegenpart positioniert; seine Position wird nicht gleichwertig behandelt.

[C] BEHANDELT

Zeitstempel: 17:02, 30:16, 34:30, 47:56 — Zitat: "Wenn man verstehen will, warum etwas passiert, dann ist es immer ratsam, dem Geld zu folgen" — Bewertung: SP/AL-Positionen werden ausführlich und weitgehend unkritisch dargestellt.

[D] ANGEDEUTET

Zeitstempel: 37:04 — Zitat: "Unser Ziel ist, zu bauen, zu bauen, zu bauen und nicht zu verhindern" — Bewertung: FDP-Position wird kurz eingebracht, aber in einer Debatte, in der sie als Gegenpart erscheint; keine eigenständige Darstellung.

[E] BEHANDELT

Zeitstempel: 03:30, 41:48 — Zitat: "Seit 2014 gilt schweizweit, keine neuen Häuser auf die grüne Wiese zu bauen" — Bewertung: Raumplanung wird erklärt, aber einseitig als Ursache von Verdrängung gerahmt.

[F] BEHANDELT

Zeitstempel: 05:06, 43:10 — Zitat: "Schweizer Mietrecht ist im internationalen Vergleich sehr schwach" — Bewertung: Mietrecht wird behandelt, aber ausschliesslich aus Mieterperspektive.

[G] ANGEDEUTET

Zeitstempel: 09:11, 11:37 — Zitat: "Ein Grund für den Wohnungsmangel ist auch die Zuwanderung" — Bewertung: Zuwanderungseffekt wird kurz erwähnt, aber nicht als eigenständige Ursache analysiert; Ökonomen-Perspektive auf Angebot/Nachfrage fehlt weitgehend.

[H] ANGEDEUTET

Zeitstempel: 29:15 — Zitat: "Auch Pensionskassen investieren in Immobilien. Sie stehen in der Kritik, den Markt anzuheizen" — Bewertung: Nur als Kritikpunkt erwähnt, keine Pensionskassen-Stimme.

[I] AUSGELASSEN



Schweizerischer Verein für ausgewogene Berichterstattung
Association suisse pour une information équilibrée
Associazione svizzera per un reporting equilibrato

Zeitstempel: — — Bewertung: Die demografische Nachfrageseite (Zuwanderung, Haushaltsverkleinerung, Urbanisierung) wird nicht systematisch analysiert; keine Stimme von Arbeitgebern oder Wirtschaftsverbänden zu Fachkräftebedarf.

[J] ANGEDEUTET

Zeitstempel: 27:04, 48:45 — Zitat: "Eine Genossenschaft, die das Land seit 90 Jahren besitzt, würde nur rund halb so viel Miete verlangen" — Bewertung: Genossenschaftsmodell wird positiv dargestellt, aber Zugangsprobleme und Skalierungsfragen werden nicht kritisch hinterfragt.

Vollständigkeits-Score: 5/10

Begründung: Die Sendung behandelt Betroffene, linke Politik und Mietrecht ausführlich. Bürgerlich-rechte Perspektiven (Eigentumsrechte, Marktlösungen, Deregulierung), die demografische Nachfrageseite und institutionelle Investoren-Stimmen fehlen als gleichwertige Positionen. Die Auswahl der behandelten Perspektiven folgt einem erkennbaren Muster: Opfer und staatliche Lösungen werden bevorzugt, Marktperspektiven werden marginalisiert.



Softfacts — 6 qualitative Techniken

10. FRAMING (Rahmen setzen)

7/10

1 2 3 4 5 6 7 8 9 10

Befund 1: "Beton zu Gold" — Wohnen als Kapitalanlage als Problem

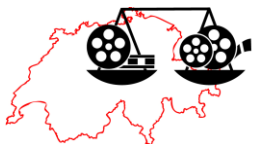
Zeitstempel	02:49
Zitat	<i>"Vorwärts nach Zürich-Paradeplatz. Jeder braucht ein Dach über dem Kopf. In Zürich aber wird Beton zu Gold. Aus dem Grundbedürfnis Wohnen wird Kapital geschlagen."</i>
Manipulation	Der Off-Kommentar setzt den Rahmen: Wohnen als Kapitalanlage ist per se problematisch. "Kapital schlagen" hat eine negative Konnotation. "Paradeplatz" (Bankenzentrum) als Ziel suggeriert, dass Finanzinteressen die Wohnkrise verursachen.
Warum problematisch	Dieser Rahmen schliesst von Anfang an aus, dass Kapitalanlage in Wohnraum auch positive Effekte haben kann (Neubau, Instandhaltung, Finanzierung von Altersvorsorge). Der Zuschauer wird auf ein Gut-Böse-Schema vorbereitet.

Befund 2: "Feudale Zustände" — Historische Analogie

Zeitstempel	28:31
Zitat	<i>"Das ist in feudalen Zuständen, in denen ein Landvogt sagen kann, dass er so und so viel Geld geben soll, damit er dort wohnen kann."</i>
Manipulation	Hausmann vergleicht das aktuelle Mietverhältnis mit Feudalismus. Diese historische Analogie ist sachlich falsch (Mieter haben Vertragsfreiheit, Kündigungsschutz, Rechtsweg) und wird nicht hinterfragt.
Warum problematisch	Die Feudalismus-Analogie delegitimiert das gesamte Eigentumsrecht und setzt einen extremen Rahmen, der sachliche Diskussion erschwert. Sie wird als Expertenaussage präsentiert, nicht als politische Meinung.

Befund 3: "Follow the money" — Kriminalisierungsrahmen

Zeitstempel	17:02
Zitat	<i>"Wenn man verstehen will, warum etwas passiert, dann ist es immer ratsam, dem Geld zu folgen. Follow the money."</i>
Manipulation	"Follow the money" ist ein Begriff aus der Kriminalitätsberichterstattung (Watergate, Korruption). Seine Verwendung im Kontext legaler Immobilientransaktionen suggeriert kriminelle Energie.
Warum problematisch	Legales unternehmerisches Handeln wird in einen kriminellen Rahmen gesetzt. Badran wird nicht als SP-Politikerin eingeführt, sondern ihre Aussage wird als sachliche Analyse präsentiert.



Schweizerischer Verein für ausgewogene Berichterstattung
Association suisse pour une information équilibrée
Associazione svizzera per un reporting equilibrato

Zusammenfassung: Das Framing der Sendung ist konsistent: Wohnen als Kapitalanlage = Problem, private Eigentümer = Feudalherren/Kriminelle, staatliche Lösungen = Notwendigkeit. Dieser Rahmen wird durch Off-Kommentar, Expertenaussagen und Wortwahl aufgebaut und nie hinterfragt.



11. WORTWAHL UND BEGRIFFE							7/10		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10

Befund 1: "Renditegier" im Off-Kommentar	
Zeitstempel	30:23
Zitat	<i>"Die Stadt braucht neue Werkzeuge und Waffen, damit sich der grassierende Renditegier nicht entgegenreten kann."</i>
Manipulation	"Renditegier" ist ein wertender Begriff, der Renditestreben mit dem Laster der Gier gleichsetzt. "Grassierend" suggeriert eine Epidemie. "Waffen" ist eine Kriegsmetapher.
Warum problematisch	Neutrale Alternative wäre: "Die Stadt braucht neue Instrumente, um preisgünstigen Wohnraum zu sichern." Die verwendete Sprache ist politisch-aktivistisch, nicht journalistisch-neutral.

Befund 2: "Verdrängt" als Leitbegriff	
Zeitstempel	03:02, 06:44, 11:07, 30:16
Zitat	<i>"Die Verlierer in diesem Spiel sind langjährige Mietende, die umziehen müssen" / "Ausländische Mietende sind überdurchschnittlich von der Verdrängung betroffen"</i>
Manipulation	"Verdrängt" impliziert aktive, intentionale Schädigung. "Umziehen müssen" wegen Sanierung/Neubau ist rechtlich und wirtschaftlich ein anderer Vorgang als "Verdrängung" im soziologischen Sinne.
Warum problematisch	Neutrale Alternative wäre: "Mietende müssen wegen Sanierung oder Neubau ausziehen." "Verdrängung" setzt einen Täter voraus und ist ein politischer Begriff.

Befund 3: "Leistungsfrei" und "unverdient"	
Zeitstempel	18:03, 18:20
Zitat	<i>"Jedes Jahr leistungsfrei, ohne dass sie selber irgendwie dafür gearbeitet hätte." / "Das ist richtig unverdient, quasi."</i>
Manipulation	"Leistungsfrei" und "unverdient" sind normative Urteile über Kapitalerträge. Sie implizieren, dass nur Arbeitseinkommen legitim ist. Diese Aussagen werden nicht als politische Meinung eingeordnet.
Warum problematisch	Neutrale Alternative wäre: "Das entspricht einer Kapitalrendite von X%." Die verwendeten Begriffe entstammen dem politischen Diskurs der Linken (Kapitalismuskritik) und werden als sachliche Beschreibung präsentiert.

Zusammenfassung: Die Wortwahl der Sendung — "Renditegier", "Verdrängt", "leistungsfrei", "unverdient", "feudale Zustände", "Follow the money" — ist konsistent politisch-aktivistisch und entstammt dem linken politischen Diskurs. Neutrale journalistische Sprache würde diese Begriffe vermeiden oder als Zitate kennzeichnen.



12. MODERATIONSVERHALTEN

6/10

1 2 3 4 5 6 7 8 9 10

Befund 1: Kritische Nachfrage bei Halter, keine analoge Nachfrage bei Badran

Zeitstempel 06:44 (Halter), 17:02 (Badran)

Auslöseereignis bei Halter: Halter erklärt, Abriss sei notwendig für Verdichtung.

Zitat (Reporter) *"Aber die Verdrängung wäre nicht nötig gewesen. Sie könnten ja im bewohnten Zustand sanieren und aufstocken."*

Auslöseereignis bei Badran: Badran präsentiert Berechnungen zu Bachmanns Mehrertrag.

Reaktion: Keine kritische Nachfrage. Badrans Annahmen (Mietpreise nach Sanierung, Anzahl Wohnungen) werden nicht hinterfragt.

Asymmetrie: Nachweisbar — Halter wird mit konkreten Gegenargumenten konfrontiert; Badrans Berechnungen werden ungeprüft übernommen.

Befund 2: "Wasser predigen und Wein trinken" — Frage an Garcia, aber mit Ausstiegsmöglichkeit

Zeitstempel 33:39

Auslöseereignis: Garcia wohnt in günstiger Stiftungswohnung, obwohl er gegen Einkommenslimiten für solche Wohnungen stimmte.

Zitat (Reporter) *"Wenn ich einem Kritiker sagen würde, Wasser predigen und Wein trinken... Herr Garcia?"*

Vergleich Die Frage wird gestellt, aber Garcia erhält ausführlich Gelegenheit zur Rechtfertigung (33:46–34:22). Die Antwort wird nicht weiter hinterfragt.

Asymmetrie: Teilweise nachweisbar — Die Frage wird gestellt (positiv), aber die Nachfrage ist weniger hartnäckig als bei Halter.

Befund 3: Keine Nachfrage zu Badrans Parteiinteresse

Zeitstempel 17:02

Auslöseereignis: Badran präsentiert politische Analyse und Berechnungen.

Zitat (Reporter) *Keine Einordnung als SP-Politikerin, keine Frage zu Parteiinteresse.*

Vergleich Bei Halter wird sein wirtschaftliches Interesse explizit thematisiert (07:00: "Halter profitiert davon, dass die Stadt in Altstetten verdichten will").

Asymmetrie: Nachweisbar — Wirtschaftliches Interesse von Halter wird explizit thematisiert; politisches Interesse von Badran (SP) wird nicht erwähnt.

Zusammenfassung: Das Moderationsverhalten ist asymmetrisch: Private Eigentümer werden kritisch befragt und ihr wirtschaftliches Interesse wird explizit thematisiert. Politikerinnen mit klarem Parteiinteresse (Badran/SP) werden nicht auf ihr Parteiinteresse angesprochen und ihre Aussagen werden nicht hinterfragt.



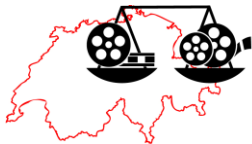
13. FRAGEN-ASYMMETRIE						6/10			
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10

Asymmetrie 1:	
An Balz Halter, 06	44: "Aber die Verdrängung wäre nicht nötig gewesen. Sie könnten ja im bewohnten Zustand sanieren und aufstocken." — **hart/konfrontativ**
An Jacqueline Badran, 17	02: Keine kritische Frage zu ihren Berechnungen oder ihrem Parteiinteresse. — **keine Frage / unkritisch**
Vergleich	Halter wird mit einem konkreten Gegenargument konfrontiert; Badran wird nicht befragt. Klare Asymmetrie.

Asymmetrie 2:	
An Balz Halter, 28	46: "Wäre es nicht fair, mit dem historischen Landwert der 29 Fr., die Sie zusätzlich noch geschenkt bekommen haben, zu rechnen? Könnten Sie mit gutem Beispiel vorangehen und günstige Wohnungen anbieten?" — **hart/moralisch aufgeladen**
An David Garcia, 33	39: "Wenn ich einem Kritiker sagen würde, Wasser predigen und Wein trinken..." — **weich/mit Ausstiegsmöglichkeit**
Vergleich	Halter wird mit einer moralisch aufgeladenen Frage konfrontiert ("fair", "mit gutem Beispiel vorangehen"). Garcia erhält eine weichere Formulierung und ausreichend Raum zur Rechtfertigung.

Asymmetrie 3:	
An Balz Halter, 20	51: "Finden Sie als grosser Bauherr und Eigentümer nicht problematisch, dass Sie aus einem existenziellen Bedürfnis wohnen, Kapital schlagen?" — **hart/normativ**
An Urs Hausmann, 47	56: "Was sagen Sie als Ökonom und ehemaliger Verwaltungsratspräsident von Wüst+Partner Immobilienberatungsfirma? Sie plädieren dafür eine Enteignung nach marxistischem Modell." — **neutral/einordnend**
Vergleich	Halter wird mit einer normativen Frage konfrontiert ("nicht problematisch?"). Hausmanns radikaler Vorschlag (Bodenverstaatlichung) wird sachlich eingeordnet, nicht normativ hinterfragt.

Zusammenfassung: Fragen an private Eigentümer sind konsistent härter, moralisch aufgeladener und konfrontativer als Fragen an linke Politiker und interventionistische Experten. Diese Asymmetrie ist über die gesamte Sendung nachweisbar.



14. FALSE BALANCE									3/10
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10

Befund 1: Florian Utz (FDP) als Alibi-Gegenposition

Zeitstempel 37:04

Konstrukt: Florian Utz (FDP) wird als Vertreter der "Bauen"-Position eingebracht, aber in einer Debatte, in der er bereits als Gegenpart zu einer dominanten linken Mehrheit erscheint. Seine Position wird kurz dargestellt, dann durch Badrans Gegenargument ("Mehr Wohnungen, die 8'000 Fr. pro Monat kosten, braucht kein Mensch") entkräftet.

Analyse Die Einbindung von Utz schafft den Anschein von Ausgewogenheit, ohne tatsächliche Balance herzustellen. Utz erhält Redezeit gegenüber für Badran/Garcia zusammen.

Zusammenfassung: Die Sendung schafft durch die Einbindung von Florian Utz (FDP) einen Anschein von Ausgewogenheit, ohne tatsächliche Balance herzustellen. Die strukturelle Dominanz interventionistischer Positionen bleibt unverändert. Der Score ist moderat, weil die False Balance nicht systematisch, sondern punktuell eingesetzt wird.



15. AGENDA-SETTING

7/10

1

2

3

4

5

6

7

8

9

10

Befund 1: Bodenspekulation als selbstverständliche Ursache

Gesetztes Agenda-Element: Die Sendung setzt als gegeben voraus, dass Bodenspekulation und Renditelogik die Hauptursachen der Wohnkrise sind.

Zeitstempel

02:49 — Beleg: "In Zürich aber wird Beton zu Gold. Aus dem Grundbedürfnis Wohnen wird Kapital geschlagen."

Alternative Agenda: Zuwanderung, Regulierungsversagen, Haushaltsverkleinerung und Urbanisierung als gleichwertige Ursachen hätten auf die Agenda gehört.

Befund 2: Bodenverstaatlichung als legitime Option

Gesetztes Agenda-Element: Die Sendung setzt Bodenverstaatlichung als diskussionswürdige, legitime Option auf die Agenda.

Zeitstempel

47:56 — Beleg: "Die Lösung ist, dass man das ganze Grundsystem ändern tut... den Boden verstaatlichen würde."

Alternative Agenda: Die verfassungsrechtlichen Grenzen (Art. 26 BV), die politische Mehrheitsfähigkeit und internationale Erfahrungen mit Bodenverstaatlichung hätten kritisch diskutiert werden müssen.

Befund 3: Genossenschaften als unbestrittene Lösung

Gesetztes Agenda-Element: Genossenschaftlicher Wohnungsbau wird als überlegenes Modell gesetzt, ohne seine Grenzen zu diskutieren.

Zeitstempel

27:04, 48:45 — Beleg: "Eine Genossenschaft, die das Land seit 90 Jahren besitzt, würde nur rund halb so viel Miete verlangen"

Alternative Agenda: Warteschlangen, Zugangsprobleme, Skalierungsgrenzen und die Frage, wer in Genossenschaften wohnen darf (Garcia-Debatte), hätten systematisch diskutiert werden müssen.

Zusammenfassung: Die Sendung setzt eine klare Agenda: Bodenspekulation ist das Problem, staatliche Lösungen (Genossenschaften, Regulierung, Bodenverstaatlichung) sind die Antwort. Alternative Erklärungen und Lösungen werden nicht als gleichwertige Optionen auf die Agenda gesetzt.



KAPITEL 4 — GESAMTAUSWERTUNG

Ergebnisse

- HARDFACTS-SCORE (Durchschnitt Kriterien 1-9): 6.1 / 10
- SOFTFACTS-SCORE (Durchschnitt Kriterien 10-15): 6.0 / 10

Dominante Techniken

- 1. Selektive Empörung (Score 8):** Empörung wird konsistent und ausschliesslich gegen private Eigentümer gerichtet ("Renditegier", "Sozialbetrug", "reine Gier"), während politisches Versagen auf linker Seite (Blockierung von 400 SBB-Wohnungen) und Mieterverhalten (überdurchschnittlicher Flächenkonsum) sachlich oder gar nicht kommentiert werden. Die Asymmetrie ist über die gesamte Sendung nachweisbar und verletzt das Gebot sachgerechter Darstellung.
- 2. Framing / Agenda-Setting (Score 7 / 7):** Die Sendung setzt von Beginn an einen konsistenten Rahmen: Wohnen als Kapitalanlage ist per se problematisch, private Eigentümer sind Feudalherren/Spekulanten, staatliche Lösungen sind die einzige Antwort. Dieser Rahmen wird durch Off-Kommentar, Expertenauswahl und Wortwahl aufgebaut und nie hinterfragt. Alternative Erklärungen (Zuwanderung, Regulierungsversagen) werden nicht als gleichwertige Optionen auf die Agenda gesetzt.
- 3. Expertenauswahl / Quellenauswahl (Score 7 / 6):** Alle Experten vertreten interventionistische Positionen; kein einziger Experte mit marktliberaler oder eigentumsrechtlicher Perspektive wird beigezogen. Jacqueline Badran (SP) wird nicht als Politikerin mit Parteiinteresse eingeführt, sondern ihre Aussagen werden als sachliche Analyse präsentiert. Der Verband Wohnbaugenossenschaften wird nicht als Interessenverband gekennzeichnet.

Kernbotschaften der Sendung

****BOTSCHAFT 1 (INHALTLICH):** ** "Die Wohnkrise in Zürich ist eine Folge von Bodenspekulation und Renditelogik privater Eigentümer, nicht von Regulierungsversagen oder demografischem Nachfragedruck."

Technik: Framing, Agenda-Setting, Expertenauswahl — Belege: 02:49, 19:04, 30:23

****BOTSCHAFT 2 (PERSÖNLICH):** ** "Private Eigentümer, die Rendite aus Wohnimmobilien erzielen, handeln moralisch verwerflich ('Gier', 'leistungsfrei', 'feudal')."

Technik: Wortwahl, Guilt by Association, Selektive Empörung — Belege: 17:02, 28:31, 30:23, 43:49

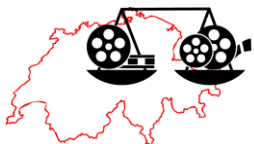
****BOTSCHAFT 3 (GESELLSCHAFTLICH):** ** "Die Lösung der Wohnkrise liegt in staatlicher Lenkung: Genossenschaften, Regulierung und langfristig Bodenverstaatlichung sind legitime und notwendige Antworten."

Technik: Timing (Bodenverstaatlichung am Ende), Quellenauswahl (nur interventionistische Experten), Vollständigkeit (Genossenschaftsgrenzen ausgelassen) — Belege: 27:04, 47:56, 48:45

Begründung: Mit einem Gesamtscore von 6.1/10 liegt die Sendung im Bereich "Klare Einseitigkeit". Die Sendung verletzt Art. 4 RTVG in mehreren Dimensionen: Die Expertenauswahl ist einseitig interventionistisch, ohne eine einzige marktliberale oder eigentumsrechtliche Gegenstimme. Die Wortwahl ("Renditegier", "leistungsfrei", "feudale Zustände") ist politisch-aktivistisch und nicht journalistisch-neutral. Die selektive Empörung — ausschliesslich gegen private Eigentümer, nicht gegen politisches Versagen — verletzt das Gebot sachgerechter Darstellung. Das Thema Wohnkrise ist politisch umstritten; Art. 4 Abs. 4 RTVG verlangt bei solchen Themen ausdrücklich Meinungsvielfalt, die hier nicht gewährleistet ist.

FAZIT

Die analysierte SRF-Reportage zur Wohnkrise in Zürich weist eine klare und konsistente Einseitigkeit zugunsten interventionistischer, links-grüner Positionen auf, die mit dem Sachgerechtigkeitsgebot und dem Vielfaltsgebot von Art. 4 RTVG nicht vereinbar ist. Die Sendung präsentiert die Wohnkrise ausschliesslich als Folge von Marktversagen und privater Gier, ohne alternative Erklärungen (Zuwanderung, Regulierungsversagen, demografischer Wandel) gleichwertig zu behandeln. Bürgerlich-rechte Positionen (Eigentumsrechte, Marktlösungen, Deregulierung) fehlen als eigenständige Stimmen; die SVP als grösste Partei ist nicht vertreten. Die Verwendung politisch-aktivistischer Sprache ("Renditegier", "feudale Zustände", "Follow the money") im Off-Kommentar und die unkritische Übernahme von SP-Politikerin Badrans Berechnungen ohne Einordnung ihres Parteiinteresses verstärken die Einseitigkeit.



Schweizerischer Verein für ausgewogene Berichterstattung
Association suisse pour une information équilibrée
Associazione svizzera per un reporting equilibrato

Gemäss Art. 4 Abs. 2 RTVG müssen redaktionelle Sendungen Tatsachen und Ereignisse sachgerecht darstellen; gemäss Art. 4 Abs. 4 RTVG muss bei umstrittenen Themen Meinungsvielfalt gewährleistet sein — beides ist in dieser Sendung nicht erfüllt.



GESAMTAUSWERTUNG DER 15 KRITERIEN

Einzelcores — Alle 15 Kriterien

Nr.	Kriterium	Score	Einordnung
1	EXPERTENAUSWAHL	7	••••
2	QUELLENAUSWAHL	6	•••
3	ZEITVERTEILUNG	6	•••
4	WEGLASSEN (Selective Omission)	7	••••
5	ZAHLEN-MANIPULATION	5	•••
6	GUILT BY ASSOCIATION (Kontaktschuld)	4	••
7	TIMING	5	•••
8	SELEKTIVE EMPÖRUNG	6	•••
9	VOLLSTÄNDIGKEIT (Selective Omission — Gesamtbild)	7	••••
10	FRAMING (Rahmen setzen)	7	••••
11	WORTWAHL UND BEGRIFFE	7	••••
12	MODERATIONSVERHALTEN	6	•••
13	FRAGEN-ASYMMETRIE	6	•••
14	FALSE BALANCE	3	••
15	AGENDA-SETTING	7	••••

HARDFACTS-SCORE (1-8)

6.1/10

*Schwerwiegende Abweichung vom Ausgewogenheitsgebot.
Hoher Abweichungsgrad*

SOFTFACTS-SCORE (9-14)

6.0/10

Erhebliche Schiefelage

GESAMTSCORE

6.1/10

*Schwerwiegende Abweichung vom
Ausgewogenheitsgebot. Hoher Abweichungsgrad*

Gemittelt aus Hardfacts und Softfacts



SCHLÜSSEL — Bedeutung der Scores

Einzelcores pro Kriterium (0–10)

0	Kein Befund	Keine relevante Auffälligkeit festgestellt.
1–2	Schwacher Befund	Leichte Auffälligkeit ohne wesentliche Beeinträchtigung der Ausgewogenheit.
3–4	Leichter bis moderater Befund	Erkennbare Tendenz; Wirkungsrelevanz gering bis moderat.
5	Moderater Befund mit Wirkungsrelevanz	Relevante Schiefelage, die das Meinungsbildungspotenzial des Publikums beeinflusst.
6	Erheblicher Befund (Schwelle)	Scores ab 6 werden als «erhebliche Befunde» ausgewiesen.
7	Erheblicher Befund	Klare, gut belegbare Schiefelage mit deutlicher Wirkungsrelevanz.
8–9	Schwerer Befund	Ausgeprägte Schiefelage; mehrere belegbare Einzelbefunde in diesem Kriterium.
10	Maximale Ausprägung	Systematische, durchgängige Schiefelage in diesem Kriterium.

Aggregierter Abweichungsindex — Interpretationsbereiche

0.0 – 2.5	Unauffällig	Keine wesentlichen Muster erkennbar; Sendung entspricht dem Sachgerechtigkeitsgebot.
2.6 – 4.0	Leichte Schiefelage	Vereinzelte Auffälligkeiten; statistisch sichtbar, aber noch im Toleranzbereich.
4.1 – 6.0	Erhebliche Schiefelage	Mehrere erhebliche Befunde; relevante Beeinträchtigung der Perspektivenvielfalt.
6.1 – 8.0	Schwerwiegende Abweichung vom Ausgewogenheitsgebot. Hoher Abweichungsgrad	Ausgeprägte, sendungsübergreifende Muster; hohe Wirkungsrelevanz.
8.1 – 10	Fundamentale systemische Einseitigkeit. Sehr hoher Bias-Grad	Maximale Ausprägung über fast alle Kriterien; systematisch einseitige Berichterstattung.

Parteilichter Bias (-5 bis +5)

-5 bis -3	Stark benachteiligt	Partei wird in Darstellung, Redezeit oder Framing deutlich schlechter gestellt.
-2 bis -1	Leicht benachteiligt	Erkennbare, aber schwache Benachteiligung.
0	Neutral	Keine feststellbare Bevorzugung oder Benachteiligung.
+1 bis +2	Leicht begünstigt	Erkennbare, aber schwache Bevorzugung.
+3 bis +5	Stark begünstigt	Partei wird in Darstellung, Redezeit oder Framing deutlich bevorzugt.



KAPITEL 5 — RECHTLICHE EINORDNUNG (Art. 4 RTVG)

Bewertung nach Art. 4 RTVG

Verstoss 1:

Norm: Art. 4 Abs. 2 RTVG (Sachgerechte Darstellung)

Tatbestand: Verwendung politisch-aktivistischer Sprache im Off-Kommentar ("Renditegier", "grassierend") und unkritische Übernahme des Begriffs "Sozialbetrug" ohne Einordnung.

Beleg: Zeitstempel 30:23 — Zitat: "Die Stadt braucht neue Werkzeuge und Waffen, damit sich der grassierende Renditegier nicht entgegentreten kann." / Zeitstempel 15:25 — Zitat: "Das ist Wunschdenken, 200 Mio. Ich würde sagen, das ist ein Sozialbetrug."

Bewertung: Der Off-Kommentar einer Nachrichtensendung muss sachlich und neutral sein. "Renditegier" ist ein wertender Begriff, der eine moralische Verurteilung impliziert, die nicht Aufgabe des Journalismus ist. "Sozialbetrug" ist ein strafrechtlich konnotierter Begriff, der ohne Einordnung stehen gelassen wird. Beide Fälle verletzen das Sachgerechtigkeitsgebot.

Verstoss 2:

Norm: Art. 4 Abs. 4 RTVG (Meinungsvielfalt bei umstrittenen Themen)

Tatbestand: Die Wohnkrise ist ein politisch umstrittenes Thema. Die Sendung präsentiert ausschliesslich interventionistische Positionen (Bodenverstaatlichung, Genossenschaften, Regulierung) ohne gleichwertige Gegenpositionen (Eigentumsrechte, Marktlösungen, Deregulierung).

Beleg: Zeitstempel 47:56 — Zitat: "Die Lösung ist, dass man das ganze Grundsystem ändern tut... den Boden verstaatlichen würde." — Keine Gegenstimme von Verfassungsrechtler, HEV oder marktliberalem Ökonomen.

Bewertung: Art. 4 Abs. 4 RTVG verlangt bei umstrittenen Themen ausdrücklich Meinungsvielfalt. Die Sendung präsentiert Bodenverstaatlichung als diskussionswürdige Option, ohne die verfassungsrechtlichen Grenzen (Art. 26 BV), die politische Mehrheitsfähigkeit oder internationale Erfahrungen kritisch zu diskutieren. Dies verletzt das Vielfaltsgebot.

Verstoss 3:

Norm: Art. 4 Abs. 2 RTVG (Sachgerechte Darstellung) i.V.m. Transparenzgebot

Tatbestand: Jacqueline Badran (SP-Nationalrätin) wird nicht als Politikerin mit Parteiinteresse eingeführt; ihre Aussagen werden als sachliche Analyse präsentiert. Ihr Parteiinteresse (SP-Programm: Mieterschutz, staatliche Lenkung) wird nicht offengelegt.

Beleg: Zeitstempel 17:02 — Zitat: "Wenn man verstehen will, warum etwas passiert, dann ist es immer ratsam, dem Geld zu folgen. Follow the money." — Keine Einordnung als SP-Politikerin.

Bewertung: Die sachgerechte Darstellung erfordert, dass Quellen mit erkennbarem Parteiinteresse als solche gekennzeichnet werden. Die Verschleierung von Badrans Parteiinteresse bei gleichzeitiger expliziter Thematisierung von Halters wirtschaftlichem Interesse ist eine asymmetrische Behandlung, die das Sachgerechtigkeitsgebot verletzt.

Verstoss 4:

Norm: Art. 4 Abs. 4 RTVG (Ausgewogene Auswahl von Gesprächspartnern)

Tatbestand: Die SVP als grösste Partei (27.9% Wähleranteil) ist nicht vertreten. Kein Vertreter des Hauseigentümergebäude HEV, kein marktliberaler Ökonom, kein Verfassungsrechtler zu Eigentumsrechten.

Beleg: Gesamte Sendung — keine SVP-Stimme, kein HEV-Vertreter, kein marktliberaler Ökonom.

Bewertung: Art. 4 Abs. 4 RTVG verlangt eine ausgewogene Auswahl von Gesprächspartnern. Die vollständige Abwesenheit bürgerlich-rechter Stimmen bei einem politisch umstrittenen Thema verletzt dieses Gebot.



Schweizerischer Verein für ausgewogene Berichterstattung
Association suisse pour une information équilibrée
Associazione svizzera per un reporting equilibrato

Gesamtbewertung Art. 4 RTVG

Die Sendung verletzt Art. 4 RTVG in vier nachweisbaren Dimensionen: Sachgerechtigkeitsgebot (politisch-aktivistische Sprache im Off-Kommentar, unkritische Übernahme von "Sozialbetrug"), Vielfaltsgebot (ausschliesslich interventionistische Positionen, Bodenverstaatlichung ohne Gegenstimme), Transparenzgebot (Badrans Parteiinteresse nicht offengelegt) und Ausgewogenheitsgebot (SVP, HEV, marktliberale Ökonomen nicht vertreten). Die Verstösse sind nicht auf einzelne Aussagen beschränkt, sondern durchziehen die gesamte Sendung als strukturelles Muster, was auf eine redaktionelle Grundhaltung hindeutet, die mit dem gesetzlichen Auftrag des öffentlich-rechtlichen Rundfunks nicht vereinbar ist. Eine Beschwerde bei der Unabhängigen Beschwerdeinstanz für Radio und Fernsehen (UBI) wäre auf Basis dieser Befunde begründbar.



KAPITEL 6 — Quellen-Tiefencheck

1. ETH Zürich (Verdrängungsstudie)

- 1. FINANZIERUNG:** Staatlich (Bund). Keine direkte Interessenbindung an Wohnpolitik.
- 2. MANDAT:** Forschungsauftrag kompatibel mit neutraler Einschätzung — jedoch ist die Auswahl dieser spezifischen Studie (Verdrängung) ohne Gegenstudie selektiv.
- 3. INTERESSENKONFLIKT:** Gering — ETH hat kein institutionelles Interesse an einer bestimmten Wohnpolitik.
- 4. GLAUBWÜRDIGKEITSMATRIX:** D1 Interessenkonflikt: +1 / D2 Pers. Risiko: +1 / D3 Fachkompetenz: +2 / D4 Konsistenz: +1 / D5 Emotion vs. Daten: +2 / D6 Quellenstufe: +2 → TOTAL: +9 → QUELLENAMPEL: GRÜN
- 5. GEGENSTIMME:** Eine ETH-Studie zu positiven Effekten der Verdichtung (mehr Wohnungen, bessere Infrastrukturnutzung) fehlt.

2. Verband Wohnbaugenossenschaften

- 1. FINANZIERUNG:** Mitgliederfinanziert (Wohnbaugenossenschaften). Klarer Interessenverband.
- 2. MANDAT:** Explizit parteiisch — Verband vertritt Interessen der Genossenschaften und befürwortet deren Ausweitung.
- 3. INTERESSENKONFLIKT:** Hoch — Verband hat institutionelles Interesse daran, Genossenschaftsmodell als überlegen darzustellen. Wird in der Sendung nicht als Interessenverband gekennzeichnet.
- 4. GLAUBWÜRDIGKEITSMATRIX:** D1 Interessenkonflikt: -2 / D2 Pers. Risiko: 0 / D3 Fachkompetenz: +1 / D4 Konsistenz: +2 / D5 Emotion vs. Daten: +1 / D6 Quellenstufe: 0 → TOTAL: +2 → QUELLENAMPEL: GELB
- 5. GEGENSTIMME:** Hauseigentümerverband HEV oder Immobilienverband als Gegenstimme fehlt vollständig.

3. Nicht identifizierter Mietrechtsspezialist (05:06)

- 1. FINANZIERUNG:** Unbekannt — Person nicht identifiziert.
- 2. MANDAT:** Unbekannt.
- 3. INTERESSENKONFLIKT:** Unbekannt — Aussage "Schweizer Mietrecht ist im internationalen Vergleich sehr schwach" ist normativ und deutet auf mieterfreundliche Ausrichtung hin.
- 4. GLAUBWÜRDIGKEITSMATRIX:** D1 Interessenkonflikt: 0 / D2 Pers. Risiko: 0 / D3 Fachkompetenz: +1 / D4 Konsistenz: 0 / D5 Emotion vs. Daten: +1 / D6 Quellenstufe: -1 → TOTAL: +1 → QUELLENAMPEL: GELB
- 5. GEGENSTIMME:** Ein Mietrechtsspezialist, der das Schweizer Mietrecht als bereits stark einschätzt (z.B. im Vergleich zu angelsächsischen Ländern), fehlt.

4. Urs Hausmann (Immobilienökonom) — bereits in Kriterium 1 behandelt

QUELLENAMPEL: GRÜN (knapp, +5) — Fachkompetent, aber normative Vision (Bodenverstaatlichung) wird als Analyse gerahmt.

5. Jacqueline Badran (SP-Nationalrätin) — bereits in Kriterium 1 behandelt

QUELLENAMPEL: GELB (0) — Klares Parteiinteresse, nicht als Politikerin eingeführt.

WICHTIG: "Anerkannt" ist keine sachliche Qualifikation. Die Sendung präsentiert Badran und Hausmann als sachliche Autoritäten, ohne ihre normativen/politischen Positionen offenzulegen. Dies ist eine soziale Zuschreibung von Neutralität, die selbst hinterfragt werden muss und im vorliegenden Fall nicht gerechtfertigt ist.

Rechtliche und methodische Einordnung

Kein Tatsachenurteil

Die dargestellten Ergebnisse stellen keine Tatsachenfeststellungen über einzelne Personen, Redaktionen oder Sendungen dar. Sie sind als Ergebnis einer standardisierten Operationalisierung zu verstehen, nicht als Feststellung individueller Verantwortlichkeit.



Schweizerischer Verein für ausgewogene Berichterstattung
Association suisse pour une information équilibrée
Associazione svizzera per un reporting equilibrato

Kein Rechtsurteil

Der aggregierte Abweichungsindex ersetzt keine rechtliche Würdigung im Sinne von Art. 4 RTVG. Die Beurteilung, ob eine konkrete Sendung gegen gesetzliche Vorgaben verstösst, obliegt ausschliesslich den zuständigen Instanzen (insbesondere UBI).

Kein Kausalitätsnachweis

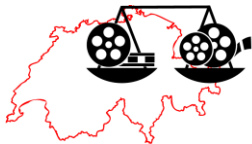
Statistische Korrelationen sind nicht als Nachweis kausaler Zusammenhänge oder redaktioneller Absichten zu interpretieren. Abweichungswerte können durch Themenwahl, Nachrichtenlage, politische Kontroversität oder Formatlogik beeinflusst werden.

Kein Absichtsurteil

Die Analyse misst beobachtbare Strukturmerkmale von Sendungen. Ein Score von 7 bedeutet, dass eine erhebliche Schiefelage festgestellt wurde — nicht, dass die Redaktion dies beabsichtigte. Die Methodik trifft keine Aussagen über Motive oder strategische Zielsetzungen.

Heuristisches Vergleichsinstrument

Der Index dient der vergleichenden Mustererkennung über Tausende von Sendungen, nicht der präzisen metrischen Vermessung einzelner Beiträge. Schwellenwerte dienen der heuristischen Orientierung, nicht der scharfen rechtlichen Qualifikation.



ANHANG 1: LANDESGESETZGEBUNG

Rechtsgrundlage Schweiz — SRG SSR

Gesetz

Bundesgesetz über Radio und Fernsehen (RTVG, SR 784.40)

Relevante Artikel

- Art. 4 Abs. 1 RTVG: Alle Sendungen eines Radio- oder Fernsehprogramms müssen die Grundrechte beachten. Die Sendungen haben insbesondere die Menschenwürde zu achten, dürfen weder diskriminierend sein noch zu Rassenhass beitragen noch die öffentliche Sittlichkeit gefährden noch Gewalt verherrlichen oder verharmlosen.
- Art. 4 Abs. 2 RTVG: Redaktionelle Sendungen mit Informationsgehalt müssen Tatsachen und Ereignisse sachgerecht darstellen, so dass sich das Publikum eine eigene Meinung bilden kann. Ansichten und Kommentare müssen als solche erkennbar sein.
- Art. 4 Abs. 4 RTVG: In der Gesamtheit der redaktionellen Sendungen ist die Vielfalt der Ereignisse und Ansichten angemessen zum Ausdruck zu bringen (Vielfaltsgebot).

Kernpflichten

1. **Sachgerechtigkeit:** Sachgerechte Darstellung von Tatsachen und Ereignissen
2. **Meinungsvielfalt:** Vielfalt der Ansichten bei umstrittenen Themen
3. **Ausgewogenheit:** Ausgewogene Auswahl von Gesprächspartnern

Aufsichtsbehörde

- UBI (Unabhängige Beschwerdeinstanz für Radio und Fernsehen): Prüft Beschwerden gegen ausgestrahlte Sendungen auf Verletzung von Art. 4 RTVG
- BAKOM (Bundesamt für Kommunikation): Regulierungs- und Aufsichtsbehörde
- Ombudsstellen der SRG: Erste Anlaufstelle für Programmbeschwerden

Beschwerdeverfahren

1. Ombudsstelle der jeweiligen Unternehmenseinheit (SRF, RTS, RSI, RTR)
2. UBI (bei Nichteinigung)
3. Bundesgericht (letzte Instanz)



ANHANG 2: WISSENSCHAFTLICHE GRUNDLAGEN

Literatur

- Bennett, W. L. (1990). Toward a theory of press-state relations in the United States. *Journal of Communication*, 40(2), 103–125.
- Berelson, B. (1952). *Content analysis in communication research*. Free Press.
- Entman, R. M. (1993). Framing: Toward clarification of a fractured paradigm. *Journal of Communication*, 43(4), 51–58.
- fög – Forschungszentrum Öffentlichkeit und Gesellschaft (2024). *Jahrbuch Qualität der Medien 2024*. Schwabe.
- Gilardi, F., Alizadeh, M. & Kubli, M. (2023). ChatGPT outperforms crowd workers for text-annotation tasks. *PNAS*, 120(30).
- Iyengar, S. & Kinder, D. R. (1987). *News that matters: Television and American opinion*. University of Chicago Press.
- Jolly, S. et al. (2022). Chapel Hill Expert Survey trend file, 1999–2019. *Electoral Studies*, 75, 102420.
- Krippendorff, K. (2004). *Content analysis: An introduction to its methodology* (2nd ed.). Sage.
- McCombs, M. E. & Shaw, D. L. (1972). The agenda-setting function of mass media. *Public Opinion Quarterly*, 36(2), 176–187.
- Shoemaker, P. J. & Vos, T. P. (2009). *Gatekeeping theory*. Routledge.
- SVFAB (2026). *Methodenbericht v4.1: Zählbare Kriterien und Multi-Modell-Kreuzvalidierung*.
- Törnberg, P. (2023). ChatGPT-4 outperforms experts and crowd workers in annotating political Twitter messages. arXiv:2304.06588.

SVFAB Working Papers

- Schläpfer, D. (2026). Systematic AI-Assisted Analysis of Public Broadcaster Impartiality: A Scalable Methodological Framework for Measuring Structural Bias in Public Service Media. [SSRN 6688478](#)
- Schläpfer, D. (2026). Measuring Editorial Noise: A Retrospective Suppression Index for Public Broadcasting Content Analysis. [SSRN 6733280](#)
- Schläpfer, D. (2026). Source Traffic Light: A Six-Dimensional Credibility Framework for Systematic Source Assessment in Public Service Media. [SSRN 6733880](#)

David Schläpfer — ORCID: 0009-0000-5671-9266

SVFAB — Schweizerischer Verein für ausgewogene Berichterstattung | Postfach, 8021 Zürich 1 | www.svfab.ch | kontakt@svfab.ch | Methodenbericht März 2026 | Konverter 3.4 (2026-05-20)



Schweizerischer Verein für ausgewogene Berichterstattung
Association suisse pour une information équilibrée
Associazione svizzera per un reporting equilibrato

Auswertungen und Mitgliedschaft beim SVFAB

Beim SVFAB.ch erhalten Sie nicht nur weitere detaillierte Auswertungen, sondern können sich solche zu beliebigen Sendungen erstellen lassen (das verrechnen wir).

Um unsere Arbeit solide zu machen, sind wir auf Mitglieder- und Gönnerbeiträge angewiesen.

Kontakt und weitere Informationen:

www.SVFAB.ch | Kontakt@SVFAB.ch

Bankverbindung: PostFinance – POFICHBE

IBAN: CH32 0900 0000 1675 6251 1

Empfänger: SVFAB, Postfach, CH-8021 Zürich 1



Schweizerischer Verein für ausgewogene Berichterstattung
Association suisse pour une information équilibrée
Associazione svizzera per un reporting equilibrato

Sie erhalten beim SVFAB folgende Bücher

Bestellungen über www.svfab.ch oder kontakt@svfab.ch



Unausgewogene Berichterstattung ist die Antwort auf die Halbierungsinitiative in der Schweiz: Hier werden die Manipulationstechniken im Detail erläutert, angefangen bei der Auswahl der Mitarbeiter und der Quellen-selektion. Danach werden 15 Prinzipien erläutert: Auslassung, Framing, zeitliches Framing, Kontaktschuld, Emotionalisierung, Kontextentfernung und viele mehr, erläutert an vielen Beispielen. Zusätzlich wird erkennbar, wo wir selbst diese Techniken anwenden – das fördert nicht nur die Erkenntnis sondern auch das Mitgefühl.

Optional kommt das Buch mit **Spielkarten**
Auch erhältlich als **Hörbuch**



Das Interview ist kein Gespräch. Es ist eine Bühne – und jemand anderes hat das Drehbuch geschrieben.

Wer das nicht weiss, liefert Material. Gute Zitate, die falsch geschnitten werden. Richtige Aussagen, die im falschen Kontext landen. Ehrliche Antworten, die als Geständnisse gerahmt werden. Dieses Buch ist kein Medienkritik-Buch. Es ist ein Werkzeugkasten – für alle, die ein Mikrophon vor der Nase haben und wissen wollen, was sie dagegen tun können. 7 Kapitel. 7 Werkzeuge: Was ein Interview wirklich ist. Die 7 häufigsten Fallen. Die drei Grundprinzipien der Souveränität – Anker, Umrahmen, Abgrenzen. Vorbereitung in einer Stunde. Körper und Stimme. Was tun, wenn es schief läuft. Und was nach dem Interview zählt.

Für Politiker, Aktivisten, Unternehmer, Whistleblower – für alle, die exponiert sind und verstehen wollen, wie das Spiel funktioniert. Damit sie aufhören, es mitzuspielen – und anfangen, es zu gestalten.

In A5. Direkt. Zur Vorbereitung, zum Nachschlagen, zur Nachbereitung und bei Schwierigkeiten



Schweizerischer Verein für ausgewogene Berichterstattung
Association suisse pour une information équilibrée
Associazione svizzera per un reporting equilibrato



Du denkst, du siehst die Welt. In Wirklichkeit siehst du den Rahmen, den jemand um sie gelegt hat. Framing ist die älteste und eleganteste Manipulationstechnik der Welt. Sie verändert nicht die Fakten – sie verändert, was wir aus den Fakten machen. Wie wir fühlen. Was wir glauben. Wie wir entscheiden. Und sie funktioniert – weil wir alle mitmachen. Täglich. Unbewusst. Auch du. Dieses Buch ist kein trockenes Lehrbuch. Es ist ein Übungsbuch – spielerisch, direkt, voller Beispiele aus dem echten Leben. Du lernst nicht nur, wie andere dich framen. Du lernst, wie du selbst framest – und wie du es bewusst und fair einsetzen kannst.

Denn wer Framing versteht, sieht die Welt klarer. Hört Nachrichten anders. Führt Gespräche souveräner. Und lässt sich nicht mehr so leicht einen Rahmen aufzwingen, den jemand anderes gewählt hat. Mit vielen Übungen und konkreten Beispielen aus Politik, Medien und Alltag – und dem einen oder anderen Schmunzeln.

Framing mit Stil. Weil der Rahmen alles verändert.



Die SRG kassiert 1.56 Milliarden Franken pro Jahr – zwangsweise, von jedem Haushalt. Wer sich ungerecht behandelt fühlt, kann sich beschweren. Es gibt sogar eine Instanz dafür: die UBI, die Unabhängige Beschwerdeinstanz für Radio und Fernsehen. Nur: Sie ist nicht unabhängig. Sie hat keine Sanktionsmöglichkeiten. Und sie entscheidet in 99.6% aller Fälle: nichts.

Diese Analyse legt das System offen – sachlich, präzise, ohne Polemik. Verfahren, Personal, Befugnisse, Kosten, Statistik, Rechtsweg. Und die staatsrechtliche Prüfung, die zeigt: Das UBI-System erfüllt keines der drei grundlegenden Kriterien – es ist nicht angemessen, nicht gewaltenteilig, nicht marktwirtschaftlich. Die Instanz, die Bürger schützen soll, schützt vor allem das System, das sie kontrollieren sollte.

Ein Pflichtlektüre für alle, die eine Beschwerde erwägen – und für alle, die verstehen wollen, warum echte Medienaufsicht in der Schweiz noch aussteht.